

Gerson Roberto Neumann (Berlin/Rio de Janeiro)

Die brasilianische Einwanderungspolitik Ende des 19. Jahrhunderts

Im 19. Jahrhundert sind die Maßnahmen der überseeischen Länder, die Einwanderung zu regeln, sehr eng mit ihrer internen wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung verbunden. Trotz ihrer relativ geringen Bevölkerung – wie zum Beispiel im Falle Brasilien, vor allem im Landesinneren – waren sie nicht grundsätzlich Einwanderungsländer, sondern ganz unterschiedliche Faktoren haben Einwanderer angezogen oder ferngehalten (Marschalck 1973: 106).

Brasilien hat versucht, ebenso wie die anderen überseeischen Länder, im 19. Jahrhundert europäische Einwanderer als Arbeitskräfte, vor allem für die Landwirtschaft und folglich für eine systematische Bevölkerung des Inlandes, zu gewinnen. Im südamerikanischen Raum werden in Brasilien, nach Argentinien, die meisten Einwanderer mit unterschiedlichen Nationalitäten verzeichnet. Im Bezug auf die deutsche Einwanderung nach Südamerika steht Brasilien auf dem ersten Platz vor Argentinien. Das Land, das aber die absolute Mehrheit der Auswanderer weltweit wählt, sind die USA. Mehr als 90% aller Auswanderer suchen in dem nordamerikanischen Land einen neuen Anfang.

Thema der folgenden Seiten ist die brasilianische Einwanderungspolitik während des gesamten 19. Jahrhunderts mit besonderer Berücksichtigung seiner letzten Jahre. Da in Brasilien die Bemühungen um Einwanderer in einer ständigen Konkurrenz zu dem Angebot aus Nordamerika standen, werden bei der Betrachtung der brasilianischen Einwanderungspolitik einige wichtige Merkmale der USA-Einwanderungspolitik berücksichtigt, um durch den Vergleich ihrer Politik ein kontrastives Bild zweier wichtiger Einwanderungsländer im 19. Jahrhundert zu bekommen.

Der Anfang des 19. Jahrhunderts bedeutet in Brasilien eine große Wende, besonders im politischen Bereich. 1808 muss das portugiesische Königshaus Bragança vor den nach Portugal vorrückenden napoleonischen Truppen nach Brasilien flüchten. Von einem Moment zum anderen wird die Kolonie zum Sitz der königlichen Familie. In Rio de Janeiro öffnet König D. João, kurz nach seiner Ankunft im Lande, den

Schiffen aller befreundeten Nationen die brasilianischen Häfen. Das bedeutet die Öffnung Brasiliens zur Welt und ermöglicht eine größere Reisetätigkeit von Ausländern nach Brasilien. Schon am 25. November 1808 wird ein Gesetz erlassen, aufgrund dessen *Sesmarias* (Land, das den Siedlern zur Kultivierung zugeteilt wurde) auch an Ausländer verliehen werden können, sofern sie in Brasilien ihren Wohnsitz haben (Carneiro 1950: 10). Die ersten Siedler im postkolonialen Brasilien kommen von den portugiesischen Azoren-Inseln. Sie gründen 1812 im heutigen Bundesstaat Espírito Santo die Siedlung Santo Agostinho. Noch unter der portugiesischen Monarchie werden die Siedlungen Leopoldina im Bundesland Bahia (1818), Nova Friburgo in Rio de Janeiro und São Jorge dos Ilhéus, ebenfalls in Bahia (1822), von Schweizern und Deutschen gegründet (Verband Deutscher Vereine – VDV – 1924: 52-53). So entsteht in Südamerika ein Einwanderungsland, das in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts die gleiche Einwandererzahl wie die USA aufweist (Kellenbenz/Schneider 1976: 387-388). Zu dieser Zeit herrscht in den USA die so genannte *open-door*-Politik, welcher einige südamerikanischen Länder folgen: Argentinien im Jahre 1812 und Chile im Jahre 1817 (Balhana/Machado/Westphalen 1969: 356). "Das Volk [in den USA] stellte sich [...] bis in die neueste Zeit hinein der Einwanderung freundlich gegenüber und ermutigte sie in jeder Weise" (Mayo-Smith 1896: 227). Das Land brauchte Arbeitskräfte, um den Westen zu besiedeln.

In Brasilien wird die Einwanderungspolitik lange Zeit von einer sehr spannungsreichen internen Diskussion zwischen den kaiserlichen Regierungen – Dom Pedro I und Dom Pedro II – und den Politikern der Pflanzaristokratie bestimmt, von einer *open-door*-Politik kann deshalb in Brasilien nicht gesprochen werden. Die Einwanderungspolitik steht immer in engem Zusammenhang mit der Sklavenfrage, die wiederum eng mit den wirtschaftlichen Interessen der Großgrundbesitzer verbunden ist. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts wird es den Vertretern der Einwanderungspolitik gelingen, mit Erfolg eine höhere Einwandererquote durchzusetzen.

Ab 1824 bilden die deutschsprachigen Einwanderer in der Regel kleine Siedlungen in Brasilien. Aus dieser Zeit datieren auch die ersten Einwanderungsgesetze und -verträge. Das älteste Muster derartige Verträge, das noch die Unterschrift von König Dom João VI trägt, wurde 1818 für die Kolonie Nova Friburgo bei Rio de Janeiro verfasst und hält Folgendes fest:

Freie See- und Überlandreise in Brasilien; ein freies Stück Land mit vorläufigem Haus; für eine Familie mit 3-4 Köpfen ein Ochse oder Pferd zum Zug, zwei Milchkühe, vier Schafe, zwei Ziegen, zwei Schweine, Samen von Weizen, Bohnen, Reis, Mais, Lein, Hanf, Ricinusöl (zu Brennöl), Größere Familien entsprechend mehr. Zum Unterhalt im ersten Jahr pro Kopf und Tag 160 Reis, im zweiten Jahr 80 Reis; die Einwanderer sollten einen Wundarzt und Apotheker mitbringen, ferner 2-4 Geistliche, die wie die brasilianischen gestellt werden sollten. Für den Bau und die Ausstattung der Hauptkapelle am Stadtplatz wollte der König sorgen (Schröder 1930: 32).

Obwohl viele Versprechungen nicht erfüllt werden, unterbricht das nicht die in den zwanziger Jahren begonnene Einwanderungswelle. Da Dom Pedros fester Wunsch die Ansiedlung deutscher Bauern ist, verfügte er am 16. März 1820 folgende "Verordnung über Kolonisation":

1. S. M. bewilligt den fremden Kolonisten, welche nach Brasilien kommen, um sich dort niederzulassen, zu ihrer Ansiedlung unentgeltlich gewisse Anteile an Land. Diese Anteile umfassen etwa eine Quadrat-Legua, etwas mehr oder weniger, je nach der Anzahl der Familien und Personen, aus welcher die Kolonie besteht.
2. Wenn die Kolonie aus mehreren Familien besteht, die sich zur Gründung derselben zusammengeschlossen haben, so wird das ihnen bestimmte Land in Stücke von ungefähr 400 Brassen im Geviert (160.000 Quadrat-Brassen) für jede Familie abgeteilt und dieselben werden nach dem Los unter die Familien verteilt. Gleichzeitig wird der Kolonie hinreichendes Gemeindeland und Land zur Anlage einer Stadt zugewiesen, sobald nämlich diese gebildet werden kann.
3. Wenn die Kolonie aus Arbeitern oder anderen Personen besteht, die ein Unternehmer angeworben und auf seine Kosten nach Brasilien gebracht hat, so wird das für die Kolonie bestimmte Land in zwei Teile aufgeteilt, wovon der eine dem Unternehmer zufallen, der andere aber unter den von ihm angeworbenen Familien oder Personen verteilt werden soll. Die Kgl. Regierung wird die Kontrakte und Verträge der Unternehmer mit den von ihnen angeworbenen Familien oder Personen als gültig anerkennen und auf Erfüllung derselben achten.
4. Die Kolonien, welche auf die eine oder andere der beiden erwähnten Arten angelegt werden, sollen zehn Jahre lang von dem Zehnten und von allen Abgaben auf den ihnen überlassenen Ländereien frei sein. Sollten aber die Kolonisten schon angebaute Ländereien

kaufen, so werden sie für dieselben die nämlichen Abgaben leisten müssen, zu welchen die bereits Ansässigen in diesem Fall verpflichtet sind. Auch werden sie, gleich den portugiesischen Untertanen, den Fünften von dem gefundenen Golde sowie die gebräuchliche Zölle für Waren, mit denen sie gegebenenfalls handeln wollen, zu entrichten haben.

5. Den Familien oder Personen, welche vor Ablauf von zehn Jahren nach Europa zurückkehren wollen, steht solches frei; sie können aber in dem Fall keineswegs über die ihnen verliehenen Ländereien verfügen, da solche alsdann wieder an die Krone fallen, welche dieselben entweder anderen Familien verleihen oder sonst nach Gutdünken damit verfahren wird. Wenn sie aber nach Ablauf von zehn Jahren in ihr Vaterland zurückkehren wollen, so ist es ihnen erlaubt, über die Ländereien nach Belieben zu verfügen.
6. Die Kolonisten, welche sich in Brasilien auf den ihnen unentgeltlich bewilligten Ländereien ansiedeln, sollen von der Zeit an als Untertanen S. M. betrachtet werden und den Gesetzen und Gebräuchen des Landes unterworfen sein; sie sollen aber zugleich alle Vorteile und Vorrechte genießen, zu welchen die portugiesischen Untertanen berechtigt sind.
7. Jeder Koloniebezirk wird einstweilen von einem von S. M. zu ernennenden Direktor verwaltet werden, bis die Bevölkerung zahlreich genug ist, um ein Städtchen zu errichten und darin örtliche Verwaltungsbehörden nach portugiesischem Muster zu ernennen.
8. Alle Kolonisten müssen, um die vorerwähnten Rechte und Vergünstigungen genießen zu können, der römisch-katholischen Religion angehören und als Personen von guten Sitten und Grundsätzen bekannt sein. Beides haben sie durch entsprechende Zertifikate zu belegen, welche von den Amtsträgern oder von den Beamten S. M. im Auslande beglaubigt werden müssen (VDV 1924: 548).

Der Kaiser Dom Pedro befand sich in einer ständigen Konfrontation mit der Opposition, der Pflanzeraristokratie, da diese weiterhin mit Sklavenarbeit ihre großen Landflächen bewirtschaften und deshalb eine europäische Einwanderung verhindern wollte. Außerdem bestand auch immer die Angst, dass durch eine massenhaften Ansiedlung von Fremden die politische Hoheit gefährdet werden könnte (Deutsche Gefahr) (Ihering 1885: 214).

Am Anfang seiner Amtszeit und in der ersten Phase der deutschen Einwanderung gelang es Dom Pedro I. noch, sich durchzusetzen. So durften durch einen Erlass vom 20. April 1824 auch evangelische Kolonisten nach Brasilien einwandern, und durch den Artikel 5 der Verfassung vom 25. März 1824 – der ersten Verfassung Brasiliens – wird die Religionsfreiheit proklamiert. Der Katholizismus bleibt die Religion des Reiches, allen anderen Religionen wird aber der häusliche Gottesdienst in bestimmten Gebäuden gestattet, die jedoch nicht als Kirchen kenntlich sein durften. Trotzdem bleiben die Nicht-Katholiken mit vielen Schwierigkeiten konfrontiert. Erst 1889 wird den deutschen Protestanten zum Beispiel die Eheschließung gestattet.

Im Februar/März 1824 schließt die kaiserliche Regierung mit den ersten deutschen Einwanderern ein Abkommen zur Intensivierung der deutschen Einwanderung. Darin wird den Siedlern Folgendes versprochen:

1. Die Reise derjenigen Deutschen zu bezahlen, welche als Kolonisten nach Brasilien kamen, die Kosten ihnen nicht in Rechnung zu stellen, sondern der Staatskasse aufzuerlegen;
2. mit der Ankunft ihnen das brasilianische Bürgerrecht zu verleihen und sie sofort in den Genuss desselben eintreten zu lassen;
3. keinem Kultus, zu dem die Kolonisten sich bekennen, er sei wie er wolle, ein Hindernis in den Weg zu legen, eine Freiheit, die durch die Verfassung des Kaiserreiches garantiert ist;
4. jedem Kolonisten und jedem Familienvater ein abgabefreies und zugängliches Stück Land zuzuweisen, vermessen und abgesteckt, mit einem Flächeninhalt von 160.000 Quadratbrassen, teils Kamp (unbewaldetes Land), zum Ackerbau, teils Urwald;
5. jedem Kolonisten umsonst als freies Eigentum je nach der Größe der Familie zu geben: Pferde, Ochsen, Kühe, Schafe, Schweine usw.;
6. jedem Kolonisten täglich einen Franken (160 *Réis*) zu bezahlen und im zweiten Jahr die Hälfte, unterschiedslos pro Kopf der Familie;
7. die Kolonisten die ersten zehn Jahre von allen Steuern und Abgaben frei zu lassen, ebenfalls von allen Diensten dem Staat gegenüber;
8. den Kolonisten alles oben erwähnte umsonst und als freies Eigentum zu geben, allerdings unter der Bedingung, dass diese in den ersten zehn Jahren nichts veräußern dürfen. Erst nach Ablauf die-

ser Frist können sie nach Belieben mit ihrem Eigentum verfahren, müssen dann allerdings auch Abgaben von ihren Produkten und ihrem Lande bezahlen (Schröder 1936: 31).

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist, wie schon erwähnt, das Thema der europäischen Einwanderung ein intensiver und konstanter politische Konflikt zwischen dem Kaiser und der Pflanzaristokratie. In einem Bericht des Ministers Pedro de Araújo Lima an die Allgemeine Gesetzesversammlung 1828 wird folgende Situation beschrieben:

Die Bevölkerung des Kaiserreiches mehrt sich von Tag zu Tag; bei einem angenehmen Klima, bei fruchtbarem Boden, muss Brasilien die Zahl seiner Söhne wachsen sehen, wenigstens in gleichem Masse wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika [...] Der Sklavenhandel lässt nach und wir stehen vor der Notwendigkeit, diese Lücke ausfüllen zu müssen. Wir müssen Person und Eigentum sicherstellen, Freiheiten für Ackerbau und Gewerbe schaffen, die Kontrakte zwischen Besitzern und Pächtern garantieren, besonders bei Ausländern, die Beschaffung von Subsistenzmitteln erleichtern: das wird Arme (braços), Geld und Industrie herbeiziehen [...] Brasilien braucht Arme, fleißig und arbeitsam (Schröder 1936: 32).

Noch für lange Zeit werden in Brasilien afrikanische Sklaven in der Landwirtschaft der Großgrundbesitzer eine wichtige ökonomische Rolle spielen. Der internationale, aber auch der interne Druck nehmen jedoch immer weiter zu, sodass einige politisch engagierte Großgrundbesitzer anfangen, über die Möglichkeit nachzudenken, europäische Bauern auf ihren Ländereien zu beschäftigen. Der Blick der brasilianischen Politiker allerdings ist auf die USA gerichtet, wo die Sklaverei auch noch nicht abgeschafft ist. Warum sollten also andere Arbeiter auf den Ländereien angestellt werden, wenn die afrikanischen Sklaven die Arbeit verrichten können?

Im Jahre 1829 verspricht der Kaiser in einer Thronrede den deutschen Kolonisten eine Erleichterung bei der Übersiedlung: "Es ist nötig der Entwicklung der Landwirtschaft hilfreich zur Seite zu stehen, es ist absolut nötig, die Überfahrt zu erleichtern und die Erwerbung guter Kolonisten zu fördern, welche die Zahl der 'Arme' mehren, die wir brauchen" (Schröder 1936: 55).

Den Bestrebungen des Kaisers, die Kolonisation zu fördern, steht jedoch die Sparpolitik der Opposition entgegen.

Der politische Streit um eine europäische Einwanderung hält lange an und in der ersten Einwanderungsphase – vom Beginn des Kaiserreichs (1824) bis 1850 – siegt meistens die Opposition in diesem poli-

tischen Kampf. Die größte Niederlage müssen der Kaiser und seine politischen Anhänger Ende der zwanziger Jahre hinnehmen. Durch ein Gesetz vom 15. Dezember 1830 wird das Budget gekürzt, die fremden Truppen werden entlassen und die Ausgaben für fremde Kolonisten gestrichen. Im Jahre 1832 werden außerdem genaue Bedingungen für den Erwerb der brasilianischen Nationalität festgelegt. (Bis dahin konnte sie automatisch durch die Einwanderung erworben werden. Ab 1832 dürfen die Einwanderer erst nach einem zweijährigen Aufenthalt im Lande die brasilianische Nationalität bekommen; Roche 1969: 69.) Im Vergleich zu Brasilien ermöglichen die Gesetze der USA dem Einwanderer die Einbürgerung, mit der er sämtliche Rechte und Privilegien eines im Lande geborenen Bürgers erhält, erst nach einem Aufenthalt von fünf Jahren (Mayo-Smith 1896: 234).

In der Landfrage vertrat in Brasilien die Opposition die Auffassung, wenn die Regierung Land verschenken wolle, dann seien genug arme Brasilianer da, die es gerne nähmen (Schröder 1930: 36) oder: "Brasilien ist gerade groß genug für die Brasilianer" (Sturz 1868: 7). Vor allem in den Bundesländern im Norden São Paulos, in denen die politische Macht der Großgrundbesitzer konzentriert war und die Sklavenarbeit in den Plantagen fast die einzige Arbeitsform war, gab es kein großes Interesse an eine geregelte Einwanderungspolitik. Deshalb erhielten die Vorstellungen des Kaisers zur Besiedlungs- und Einwanderungsfrage von dort aus auch keine Unterstützung. In den südlichen Bundesländern, in denen die europäische Einwanderung schon länger Praxis war, erließen die Präsidenten der Provinzen Santa Catarina (1836) und Rio Grande do Sul (1851) eigenständige Kolonisationsgesetze, um durch eine eigene Einwanderungspolitik, die von der Landaristokratie unabhängig war, die Lage der Landwirtschaft auf kleinen Flächen zu verbessern.

Die Macht der Großgrundbesitzer wird allerdings noch lange eine geregelte Einwanderung verhindern. Während in den USA in den vierziger Jahren die Masseneinwanderung beginnt, wird in Brasilien die Politik gegen eine europäische Einwanderung fortgesetzt. Im Jahre 1850 wird durch den Druck der Landaristokraten das so genannte "Bodengesetz" (*Lei das Terras*) geschaffen, nach dem den Emigranten von der brasilianischen Regierung kein Land mehr geschenkt werden kann. Dadurch wird es von nun an für die europäischen Einwanderer schwieriger, an ein eigenes Stück Land zu kommen. Andererseits ist der Kauf von Ländereien damit sicherer geworden, denn es gab von

vielen Einwanderern Berichte, die ein Stück Land gekauft hatten und es später wieder abgeben mussten, weil es ihnen mit gefälschten Dokumenten von einem Betrüger verkauft worden war.

Trotz aller zu überwindenden Schwierigkeiten und Hindernisse war die erste erfolgreiche und auch die bekannteste Kolonie, die von einem Privatmann in Brasilien gegründet wurde, die von Dr. Blumenau. Heute ist die Stadt im Bundesstaat Santa Catarina, wo die Siedlung ihren Anfang nahm, nach seinem Namen benannt. 1850 wurde diese Kolonie am Itajaí-Fluss gegründet. Von der kaiserlichen Regierung bekam oder kaufte der Beauftragte eine größere Fläche Land, die dann an die deutschen Familien in kleineren Parzellen weiterverkauft wurde. Außerdem musste der Verwalter für die Organisation der Siedlung zur Verfügung stehen.

Die Kolonisation durch Gesellschaften wurde auf ähnliche Weise durchgeführt: Ein deutsches Unternehmen, mit Sitz in Europa oder auch in Brasilien, kaufte oder bekam von der brasilianischen Regierung unter der Bedingung Land, es innerhalb einer bestimmten Zeit mit Einwanderern zu besiedeln. Die bekannteste Gesellschaft in der brasilianischen Einwanderungsgeschichte wird der 1849 vom Kaufmann Christian Matthias Schröder gegründete "Hamburger Kolonisationsverein für Südbrasilien". In einem Vertrag mit dem Prinzen von Joinville und seiner Ehefrau Dona Francisca, Kaiser Dom Pedros II. Schwester, wird mit der Gesellschaft vereinbart,

dass der Prinz von Joinville Schröder anfangs 14.400 Hektar zur Verfügung stellen und später noch 19.200 Hektar dazugeben sollte. Schröder seinerseits musste innerhalb von fünf Jahren 1.500 Einwanderer in die Kolonie bringen (Alves 2000: 61).

Noch kurz vor der Gründung der Kolonie Blumenau, im Jahre 1844, erscheint ein kaiserliches Dekret über die Pachtarbeit der Einwanderer. Es ist ein Beleg für die Absicht der Regierung, Einwanderer anzuwerben,

setzt aber die drückendsten Bedingungen für die Einwanderer fest. Handwerkern und Ackerbauern soll von der Reichsregierung freie Überfahrt gewährt werden, doch dürfen dieselben drei Jahre lang die Provinz nicht verlassen, in der sie angekommen sind, ebenso lange keinen Landbesitz erwerben und keinen Handel treiben oder in ein Handelshaus eintreten (Schröder 1936: 37).

Meistens übernehmen die Grundherren die Kosten der Überfahrt der Landarbeiterfamilien. Außerdem soll den Familien alles Notwen-

dige für die erste Einrichtung zur Verfügung gestellt und die Sicherung ihrer Grundbedürfnisse gewährleistet werden. Nach J. Hörmeyer, der als ein Anwerber von Pachtarbeit angesehen werden muss, beruhen die Halbpachtkolonien

auf dem Grundsatz, freie Arbeiter, Ackerbauern, welche gänzlich mittellos in Europa nur die Aussicht ewiger Armuth und Knechtschaft vor sich haben, speziell zur Betrauung der großen Kaffeepflanzungen der Centralprovinzen, in ein mehrjähriges Dienstverhältniß bei brasilianischen Grundbesitzern zu bringen (Hörmeyer 1857: 276).

Die Kritik an der brasilianischen Einwanderungspolitik der Zentralregierung wird trotz aller Bemühungen immer intensiver, besonders kommt sie auch aufgrund fehlender klarer Regelungen aus den Auswanderungsländern selbst. In einem Bericht vom 9. Juli 1846 lehnt der hamburgische Konsul in Rio de Janeiro, Hermann Schröder, die Auswanderung nach Brasilien ab und in einem weiteren, vom 24. März 1847, schreibt er Folgendes:

[...]beschäftigt man sich dafür [bezogen auf das Kolonisations- und Landverkaufsgesetz] wenig oder gar nicht, und es scheint, als ob die Regierung kein Freund eines geregelten Kolonisationssystems ist, sondern aus Furcht oder Verletzung von privaten Interessen oder aus politischen Gründen die Sache ganz liegen lässt (Schröder 1936: 37-38).

In den fünfziger Jahren ändert sich dann die Situation, vor allem wegen des endgültigen Verbots des Sklavenhandels. So kann man im Jahre 1853 in Deutschland in der *Allgemeinen Auswanderungs-Zeitung* folgende Nachricht lesen:

Die Kolonisationsfrage ist [...] nicht mehr von der zufälligen Politik dieses oder jenes Ministeriums oder den zufällig herrschenden Ansichten dieser oder jener Partei abhängig. Sie ist vielmehr eine Angelegenheit aller Parteien und wird bis auf völlig verschwindende Ausnahmen allseitig als eines der dringendsten Lebensbedürfnisse, als die eigentliche Lebensfrage Brasiliens anerkannt (*Allgemeine Auswanderungs-Zeitung* (AAZ) 1853: 501).

Als im Jahre 1855 die Choleraepidemie in Brasilien ausbricht, die besonders unter den Sklaven zahlreiche Opfer fordert, ist das ein zusätzliches Motiv, die europäische Einwanderung zu intensivieren. Die Nachrichten über die Epidemie und des daraus folgenden dringenden Bedarfs an Arbeitskräften wegen des Todes vieler Sklaven erscheint in europäischen Zeitungen. Schröder zitiert einen dieser Berichte:

Der Tod rafft die Sklaven hin, und da dem Ackerbauer die früher so leichten Mittel entzogen sind, die fehlenden Arme zu ersetzen, so leidet

darunter notwendigerweise der Feldbau, die Lebensmittel werden teurer, und jedermann sieht eine trübe Zukunft voraus, weil er die Schwierigkeiten, welche sie bringen wird, nach jenen zu bemessen vermag, gegen welche er jetzt schon anzukämpfen hat. Und für diese Lebensfrage, zur Lösung dieses ernsten, schwierigen Problems gibt es nur einen Weg! Das heroische, das alleinige Mittel, auf welchem die ganze Hoffnung des Landes beruht, zu dem alle Staatsmänner, alle Freunde des Vaterlandes ihre Zuflucht nehmen – ist die europäische Kolonisation (Schröder 1936: 40).

Schon im Jahre 1856 werden große Summen für die Kolonisation und für mit ihr im Zusammenhang stehende Maßnahmen bereitgestellt: “962.000 Milréis für Kolonisation, 105.000 für Verwaltung der Reichsländereien, 545.000 für Vermessung und Parzellierung derselben, 307.000 für Unterstützung an Kolonisten” (AAZ 1857: 10). Ein Jahr danach wird die Zentral-Kolonisations-Gesellschaft in Hamburg unter dem Schutz der Regierung gegründet. Binnen fünf Jahren sollen 50.000 Einwanderer nach Brasilien gebracht werden. Die Gesellschaft erhält auf fünf Jahre ein Darlehen von 1.000 Contos und darüber hinaus für jeden Einwanderer, je nach seiner Arbeitsfähigkeit, 30 bzw. 20 *Milréis*. Die Reisekosten muss die Gesellschaft für die Einwanderer zinslos vorstrecken (Schröder 1936: 41).

Konstant ist aber auch in Europa besonders aufgrund der Sklaverei die Propaganda gegen eine Auswanderung nach Brasilien, eine Propaganda, die natürlich den Plänen der brasilianischen Regierung zuwiderläuft. Wegen der Art, wie schweizerische und deutsche Einwanderer in den Halbpachtkolonien auf Kaffeeplantagen, besonders im Bundesland São Paulo, behandelt wurden – wo sie die Arbeit der afrikanischen Sklaven ersetzen sollten oder mit ihnen zusammen arbeiten mussten – kam es im Jahr 1859 zum preußischen Heydtschen Reskript, welches den Auswanderungsagenturen in Preußen die Konzession für Brasilien entzog (Schröder 1936: 42). Vor allem aufgrund der Landaristokratie und ihrer Interessen gelingt es Brasilien auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht, sich als wirkliches Einwanderungsland in Südamerika zu profilieren.

Auch in den USA gibt es viele Schwierigkeiten, besonders im Süden, wo die Sklaverei bis in die sechziger Jahre erlaubt war. Die Reise in die USA ist für die Auswanderer aber kürzer und deshalb auch billiger und von den Armen einfacher zu finanzieren. Um den Hindernissen gegen eine Auswanderung nach Brasilien entgegenzuwirken, ist die brasilianische Regierung gezwungen, eine noch intensivere Werbung für die Einwanderung machen. Trotz des preußischen Reskripts,

das für die brasilianische Einwanderungspolitik sehr schädlich war, und trotz der Gegenpropaganda in Europa, entscheidet sich ab den fünfziger Jahren eine bedeutende Anzahl europäischer Einwanderer für Brasilien.

Während des Krieges mit Paraguay im Jahre 1866 entschließt sich die Regierung, den Einwanderern größere Garantien zu geben und ihnen mehr Konzessionen zu machen. Das kaiserliche Dekret vom 19. Januar 1867 enthält 45 Artikel, die in vier Kapitel eingeteilt sind: Kapitel 1: Gründung von Kolonien, Verteilung von Ländereien und Bedingungen des Erwerbs von Eigentum; Kapitel 2: Verwaltung; Kapitel 3: Aufnahme und Ansiedlung von Kolonisten; Kapitel 4: Verschiedene Bestimmungen (Hehl 1896: 285-288).

In jenem Jahr hatte sich auch die Möglichkeit geboten, eine Einwanderung von Emigranten aus dem Süden der USA, die nach dem Sezessionskrieg ihre Heimat verlassen wollen, zu organisieren. Es kommen tatsächlich einige Familien, aber wenige von ihnen lassen sich als Kolonisten nieder.

Wie bereits erwähnt, verzögerte die noch bestehende Sklaverei lange eine intensivere Einwanderung nach Brasilien. 1870 schreibt Hermann Blumenau, solange Brasilien die Sklavenarbeit nicht abschaffe, würde diese immer von der Konkurrenz für ihre eigene Werbung um Siedler benutzt werden. Argentinien hatte die Sklaverei bereits 1813 und die USA haben sie 1863 abgeschafft. Carneiro zitiert als Vergleich die Auswirkungen, die die Sklavenwirtschaft in den USA hatte:

A história dos Estados Unidos ilustra muito bem a incompatibilidade entre escravidão e o trabalho livre dos imigrantes, uma vez que esses últimos somente se fixavam no Norte e fugiam do Sul; os que desembarcavam no Sul, e foram centenas de milhares, rapidamente abandonavam aquela região de latifúndios trabalhados por escravos, e em seguida procuravam os Estados do Norte; quando afinal houve a abolição, eles passaram a se fixar no sul (Carneiro 1950: 15).

In den siebziger Jahren kommt in Brasilien zum ersten Mal eine mögliche Einwanderung von chinesischen Arbeitern, den so genannten *coolies*, ins Gespräch (bis dahin bedeutete Einwanderung nach Brasilien immer nur die der Deutschen). Der damalige Minister Sinimbu hatte beim brasilianischen Konsul in den USA sogar eine Untersuchung über die Arbeit der Asiaten, besonders der Chinesen, in dem nordamerikanischen Land bestellt, um einen Eindruck von ihrem Arbeitsverhalten in den USA zu haben. Die Ergebnisse sind zwar po-

sitiv, aber trotzdem setzt sich die politische Gruppe, die gegen eine asiatische Einwanderung in Brasilien ist, durch, so dass es letztendlich zu keiner chinesischen Einwanderung nach Brasilien kommt.

In den USA war die chinesische Einwanderung bedeutend, durch ein Gesetz vom 6. Mai 1882 wird sie allerdings dann verboten. Richmond Mayo-Smith berichtet, in der öffentlichen Meinung werde die Ansicht vertreten, die chinesischen Einwanderer seien Fremdlinge mit völlig anderen Sitten als die Amerikaner und damit ein Element, das sich schwer einbürgern ließe, und dass es daher besser sei, sie ein für allemal auszuschließen (Mayo-Smith 1896: 238).

Ein ernsthaftes Problem werden die Chinesen in den USA erst, nachdem die billigen asiatischen Arbeitskräfte mit den weißen in Konkurrenz treten. Mit 39.579 Zuwanderern markieren die Jahre 1881/82 die größte chinesische Migration in die USA. Im gleichen Jahr sind aber, im Vergleich dazu, z.B. 250.000 Deutsche eingewandert (Kuczynski 1903: 16 ff).

Im 19. und 20. Jahrhundert wird in den Krisenzeiten sowohl in den USA als auch in Brasilien immer den Ausländern die Schuld zugewiesen. In den USA trifft dies in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor allem die chinesische Bevölkerung. Aber schon im Jahre 1854 muss auch die Schweizer Regierung ihren Kantonen mitteilen, dass die USA über "das Hinaussenden von armen und hilflosen Volkes" Klage erhoben habe. Im Jahre 1880 wird die staatliche Armenverwaltung im Staate New York durch ein Gesetz ermächtigt, die Kosten für die Heimkehr von unbemittelten Ausländern, die sich als unheilbar krank oder arbeitsunfähig erwiesen, zu übernehmen (Mayo-Smith 1896: 239–240).

In Brasilien werden im Jahre 1871 durch ein neues Gesetz (*Lei do Ventre Livre*) die neugeborenen Kinder von Sklavinnen als frei geborene erklärt. Schon seit 1850 durften legal keine Sklaven mehr aus Afrika eingeführt werden.

Um dem drohenden Arbeitskräftemangel entgegen zu wirken, entschloss man sich in Brasilien Einwanderungswillige auch im Süden Europas zu suchen, denn der Hauptauswanderungsstrom aus Deutschland und den nördlichen Ländern floss aufgrund der kürzeren Seewege und der günstigeren Reisekosten nach Nordamerika. Zum ersten Mal wird deshalb auch in Italien intensiver geworben, und daraus entsteht dann die größte Einwanderungsbewegung nach Brasilien überhaupt. Diese Einwanderung wird für die Regierung aber wesent-

lich teurer: pro Kopf das Dreifache wie früher – 185 *Milréis* gegen 55 (Hehl 1896: 289ff.).

Diese massive Migration aus Italien beginnt Ende der siebziger Jahre und führt dann zu einer sensationellen Explosion der Einwandererzahlen nach der *Abolição da Escravatura* (1888): Im Jahre 1887 kommen „nur“ 56.000 Einwanderer nach Brasilien, aber im Jahre 1888 sind es dann 133.000; von ihnen gehen 92.000 nach São Paulo, wo sie auf den Kaffeeplantagen Arbeit finden (Hehl 1896: 294).

Politisch versucht die brasilianische Regierung durch verschiedene Maßnahmen, die Situation der Einwanderer im Land zu verbessern. So wird im Jahre 1876 die „General Inspektion der Ländereien und der Kolonisation“ gegründet, deren Hauptaufgabe die Kolonisierung ist, wobei sich diese Einrichtung vor allem mit der Sichtung des Eigentumsrechtes der Ländereien und ihrer Vermessung befasst (Hehl 1896: 281).

Wie wir gesehen haben, war die Einwanderungspolitik in Brasilien seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts eng mit den Interessen der Landaristokratie verbunden, und dies gilt weiterhin bis in die Zeit der Masseneinwanderungen. Die für die Einwanderung der europäischen Arbeiter zur Verfügung stehenden Geldmittel standen immer mit deren politischem Interesse in engem Zusammenhang.

Die politischen Auseinandersetzungen um dieses Thema haben zur Folge, dass sich zwei unterschiedliche Formen der Einwanderungspolitik entwickeln: Die Landaristokratie will Arbeitskräfte für ihre Ländereien, die die Sklavenarbeit ersetzen; die Regierung möchte vor allem Landarbeiter anwerben, die ihr eigenes kleines Stück Land in noch unbewohnten Gegenden des Landes kultivieren sollen (Balhana/Machado/Westphalen 1969: 360).

Der brasilianische Staat hat immer sehr viel Geld für die Einwanderung ausgeben müssen. Konzessionen wurden mit großen Vorteilen für Konzessionäre abgegeben, es waren immer sehr aufwendige Werbemaßnahmen nötig, um mit den USA konkurrieren zu können, und es mussten viele Beförderungskontrakte zur Finanzierung der Überfahrt abgeschlossen werden. Wurde die Einwanderung nicht finanziert, ging die Zahl der Einwanderer sofort zurück. Ein Beispiel sind die Jahre 1880 (30.000 Einwanderer) und 1881 (11.000), als die Regierung in die Hände der liberalen Partei kam und diese die Politik einer für den Staat kostenfreien Einwanderung vertrat (Hehl 1896: 291ff.).

Auch nach der Sklavenbefreiung (*Libertação dos Escravos*) bleibt die Einwanderung von den Interessen der Großgrundbesitzer abhängig, und diese werden noch lange die Einwanderungspolitik Brasiliens bestimmen. Trotz aller Schwierigkeiten ist die Zahl der Einwanderer gegen Ende des 19. Jahrhunderts so groß, dass die Landaristokratie für geringen Lohn ausländische Arbeitskräfte anstellen und sie auch leicht ersetzen kann, da es inzwischen zu einem Überangebot an Landarbeitern gekommen ist.

Die Arbeitsverhältnisse sind auch nach der Sklavenbefreiung noch nicht besonders gut, und deshalb bleibt Brasilien im Vergleich mit den USA und mit Argentinien ein weniger beliebtes Einwanderungsziel. Außerdem ist die brasilianische Währung schwächer als die der beiden anderen Länder, und das von den Einwanderern nach Europa transferierte Geld hat einen geringeren Wert als das aus den USA und Argentinien. Da das in den europäischen Dörfern eintreffende Geld aus Übersee auch als Werbung für weitere Einwanderungslustige gilt, verliert Brasilien auch in diesem Wettkampf.

Der brasilianische Staat versuchte immer wieder, durch Dekrete und Gesetze die Einwanderung zu intensivieren, das heißt die Einwanderungspolitik mit zusätzlichen Geldern zu subventionieren. So werden zum Beispiel durch ein Dekret vom 28. Juni 1890 sogar den Schifffahrtsgesellschaften, die die Einwanderer nach Brasilien bringen sollen, Prämien geboten. Drei bemerkenswerte Punkte dieses Dekrets lauten:

1. Ungehinderte Einreise für alle arbeitsfähigen Individuen mit Ausnahme der Asiaten und Afrikaner.
2. Freie oder teilweise freie Überfahrt für a) Familien von Bauern und deren Eltern, b) Ledige Personen im Alter von 18-50 Jahren, c) Handwerker und Künstler im selben Alter.
3. Die Schifffahrtsgesellschaften, welche während eines Jahres 10.000 Einwanderer ohne Klage derselben befördern, erhalten von der Regierung eine Gratifikation von 100.000 Fr. (Hehl 1896: 294).

Drei Jahre nach dem Dekret, im Jahre 1893, unterschreibt die brasilianische Regierung mit der Companhia Metropolitana, einer Einwanderungsgesellschaft, einen Vertrag, wonach binnen zehn Jahren eine Million europäische Einwanderer ins Land gebracht werden sollen. 90% davon sollen dem Ackerbau und 10% dem Handwerker- und Künstlerstande angehören, wobei hier nur die männlichen arbeitsfähigen Individuen in Betracht kommen. Nicht mehr als 60% der in

jedem Jahr eingewanderten Siedler dürfen von derselben Nationalität sein (Hehl 1896: 299). In diesen Jahren konnte die Einwanderungspolitik der brasilianischen Regierung positive Ergebnisse registrieren.

Parallel zu dem Versuch, mehr und mehr Arbeitskräfte ins Land zu holen, entsteht allerdings auch eine intensivere Gegenoffensive, die eine geregelte Einwanderung fordert, das heißt, eine stärkere Kontrolle, die gewährleistet, dass unerwünschte Zuwanderer dem Land fernbleiben. In einer Ansprache vom 3. Dezember 1901 unterstreicht der USA-Präsident Roosevelt drei Punkte, die in der neuen Gesetzgebung besonders berücksichtigt werden müssten: Erstens sollten alle Personen, von denen es bekannt sei, "dass sie an anarchistische Prinzipien glauben oder Mitglieder von anarchistischen Gesellschaften sind", sowie "sämtlichen Personen, welche eine niedrige moralische Gesinnung haben oder übel beleumdet sind", nicht ins Land einwandern dürfen; zweitens sollten durch ein ordentliches Verfahren die Bildung und die intellektuelle Fähigkeit der Einwanderer geprüft werden, und drittens sollten alle Personen ausgeschlossen werden, "welche hinter einem gegebenen Maßstab wirtschaftlicher Fähigkeit das gewerbliche Gebiet des Landes als Mitbewerber mit amerikanischen Arbeitern zu betreten zurückbleiben" ausgeschlossen werden (Kuczynski 1903: 17-18).

Durch eine solche Regelung wäre es den Gegnern der Einwanderung gelungen, vielen Einwanderern die Niederlassung im Land zu verbieten. Es war aber unmöglich, diese Punkte so in ein neues Gesetz einzubringen, weil dadurch ein großer Teil der Einwanderer ferngehalten worden wäre.

In Brasilien wird in einem neuen Einwanderungsgesetz vom 19. April 1907 ("Grundlegende Vorschriften für den Bevölkerungsdienst des brasilianischen Nationalgebietes") festgestellt, wer als Einwanderer auf brasilianischem Boden aufgenommen werden soll:

[...] diejenigen Ausländer unter sechzig Jahren, die als Passagiere dritter Klasse, auf Kosten der Bundesregierung, der Einzelstaaten oder Dritter, in Nationalhäfen anlangen, falls selbige an keiner ansteckenden Krankheit leiden, keinen unerlaubten Beruf ausüben, ebenso wenig als Verbrecher, Ruhestörer, Bettler, Landstreicher, Geisteskranke oder Arbeitsunfähige erkannt werden (Einwanderung und Einsiedlung ... 1907: 4).

Während des Ersten Weltkriegs geht die Zahl der Einwanderer zurück, danach aber wächst sie erneut mit eindrucksvollen Zahlen, und in den zwanziger und dreißiger Jahren wird Brasilien eine Massen-

einwanderung erleben, obwohl sich unter der Regierung Epitácio Pessoa eine nationalistische Bewegung bildet. Sie wird mit dem Dekret 4.247 vom 6. Januar 1921 versuchen, durch polizeiliche und medizinische Maßnahmen die ausländische Einwanderung zu verhindern. Durch die so genannte *Lei dos Indesejáveis* (Gesetz gegen Unerwünschte) wird die Einwanderung von Krüppeln, Blinden, Irren, Bettlern u.a. verboten (Carneiro 1950: 31-32). In den USA wurde ein solches Gesetz schon im Jahre 1882 in Kraft gesetzt, wonach die Kosten für die Rückfahrt derartiger Personen die Eigentümer der Schiffe, in denen sie angelangt waren, zu tragen hatten (Mayo-Smith 1896: 240).

Was die Einwanderungszahlen betrifft, so steht Brasilien nach den USA und nach Argentinien an dritter Stelle. Die brasilianische Einwanderungspolitik spiegelt die der Vereinigten Staaten wider, aber gleichzeitig musste sich das südamerikanische Land gegen die Auswanderungs-Gegenpropaganda, besonders in Deutschland und Italien, wehren und versuchen, sich neben den USA zu behaupten, wohin auszuwandern billiger und einfacher war.

Die Sklaverei hat in der brasilianischen Einwanderungsgeschichte eine wichtige Rolle gespielt. Für Argentinien, noch einige Tage Schiffsreise weiter im Vergleich zu Brasilien, haben sich mehr Einwanderer entschieden. Argentinien hatte aber auch 1813 die Sklaverei abgeschafft; also mehr als 70 Jahre früher als Brasilien. Das war bestimmt ein entscheidender Vorteil im Kampf um europäische Einwanderer.

Literaturverzeichnis

- Alves, Débora Bendocchi (2000): *Das Brasilienbild der deutschen Auswanderungswerbung im 19. Jahrhundert*, Berlin: Wissenschaftlicher Verlag.
- Balhana, A./Machado, B./Westphalen, C. (1969): "Alguns aspectos relativos aos estudos de imigração e colonização", in: Balhana et al.: *Anais do IV Simpósio Nacional dos Professores Universitários de História*, São Paulo: USP, S. 345-389.
- Carneiro, José Fernando (1950): *Imigração e Colonização no Brasil*, Rio de Janeiro: Oficina Gráfica da Universidade do Brasil.
- Einwanderung und Einsiedlung. Grundlegende Vorschriften für den Bevölkerungsdienst des Nationalgebietes Brasilien* (1907): Rio de Janeiro: Imprensa Nacional.
- Fröbel, F. (Hrsg.) (1846-1871): *Allgemeine Auswanderungs-Zeitung: Eine Bote zwischen der alten und der neuen Welt*, Rudolstadt.

- Hehl, R. A. (1896): "Die Entwicklung der Einwanderungsgesetzgebung in Brasilien". in: Philippovich, Eugen von (Hrsg.): *Schriften des Vereins für Socialpolitik*, Leipzig: Duncker und Humblot, 72, S. 273-302.
- Hörmeyer, Joseph (1857): *Südbrasilien. Ein Handbuch zur Belehrung für Jedermann, insbesondere für Auswanderer*, Hamburg: Gustav Carl Würger.
- Ihering, Hermann von (1885): *Rio Grande do Sul. Übers Meer, Taschenbibliothek für deutsche Auswanderer*, Band 11 und 12, Gera.
- Kellenbenz, Hermann/Schneider Jürgen (1976): "La emigración alemana a América Latina desde 1821 hasta 1930", in: Konetzke, Richard/Kellenbenz, Hermann (Hrsg.): *Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas*, Köln/Wien: Böhlau, 13, S. 387-388.
- Kuczynski, Dr. R. [Robert René] (1903): "Die Einwanderungspolitik und die Bevölkerungsfrage der Vereinigten Staaten von Amerika", in: Volkswirtschaftliche Gesellschaft in Berlin (Hrsg.): *Volkswirtschaftliche Zeitfragen, Vorträge und Abhandlungen*, Berlin: Leonhard Simion, H. 194.
- Marschalck, Peter (1973): *Deutsche Überseewanderung im 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur soziologischen Theorie der Bevölkerung*, Stuttgart: Klett-Verlag.
- Mayo-Smith, Richmond (1896): "Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten von Amerika", in: Philippovich, Eugen von (Hrsg.): *Schriften des Vereins für Sozialpolitik*, Leipzig: Duncker und Humblot, 72, S. 273-302.
- Roche, Jean (1969): *A colonização alemã e o Rio Grande do Sul – I e II, Trad. Emery Ruas*, Porto Alegre: Globo.
- Schröder, Ferdinand (1930): *Die deutsche Einwanderung nach Südbrasilien bis zum Jahre 1859*, Berlin: Verlag Ev. Hauptverein für Deutsche Ansiedler und Auswanderer.
- Schröder, Ferdinand (1936): *Brasilien und Wittenberg. Ursprung und Gestaltung deutschen evangelischen Kirchentums in Brasilien*, Berlin/Leipzig: Verlag Walter und Grunter.
- Sturz, Johann Jakob (1868): *Die deutsche Auswanderung und die Verschleppung deutscher Auswanderer*, Berlin: Fr. Kortkamp.
- Verband Deutscher Vereine (VDV) (Hrsg.) (1924): *Hundert Jahre Deutschum in Rio Grande do Sul*, Porto Alegre: Typographia do Centro.